

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 62 (1970)
Heft: 9

Artikel: Rumänien hat grosse Sorgen
Autor: Schläppi, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

beste Fürsorge an einem Alkoholiker ist eine gute Betreuung während der Jugend. Es muss deshalb versucht werden, möglichst früh auf die Geschehnisse einzuwirken. Nur dann wird ein Optimum zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauches getan. Stellen, die sich mit der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs befassen, tun gut daran, wenn sie bei ihren Aufklärungskampagnen an Erziehungs- und Waisenhäusern nicht vorbeigehen. Sicher werden diese heute von Fachleuten geführt, so dass angenommen werden darf, dass von daher mit einer Besserung gerechnet werden kann. Nicht vergessen werden sollten aber auch diejenigen Behörden, die sich mit Jugendlichen befassen. Diese Behörden stellen oft die Weichen. Momentane Kosten ersparen spätere grössere Kosten. Das Baugewerbe kann gesamthaft in eine Zukunft sehen, die vom Alkohol noch weniger belastet ist, jedenfalls weniger als das früher der Fall war. Besonders auch deshalb, weil die körperliche Schwerarbeit stark zurückgegangen ist und wohl auch noch weiter zurückgehen wird. Dadurch wird das Ansehen der Bauberufe gehoben und für viele Junge und deren Eltern, die bekanntlich die Berufswahl wesentlich beeinflussen, ein Anreiz geboten. Das Baugewerbe darf heute kaum mehr als Trinkergewerbe angesprochen werden. Der junge Bauarbeiter muss nicht mehr möglichst viel trinken, damit er unter Kollegen Ansehen geniesst. Dadurch, dass die Jungen weniger gefährdet sind, kann für die Zukunft mit besseren Verhältnissen gerechnet werden.

Heinz Anderegg, Bern

Rumänien hat grosse Sorgen

Nachdenklich trommelt mein Gesprächspartner, ein Planungsfunktionär, mit seinen Knöcheln auf die Tischplatte: «Die Ueberschwemmungen kosten uns nicht nur Menschenleben, sie führen zudem zu riesigen Produktionseinbussen, welche wiederum unsere politische Eigenständigkeit nachteilig beeinflussen müssen. Galatz, der Schwerpunkt unserer Eisen- und Stahlerzeugung, ist von den steigenden Fluten bedroht.»

Ein Wirtschaftsjournalist umschreibt es noch präziser: «Wenn wir uns an die Sowjetunion um Wirtschaftshilfe wenden müssten, bedeutet das unweigerlich und in jeder Beziehung die Schwächung unserer auf Autarkie ausgerichteten Wirtschaftspolitik.»

Von der Nervosität, welche zur Stunde Rumäniens Innenpolitik dominiert, ist äusserlich nicht viel zu verspüren. Allerdings sind die Rumänen längst inne geworden, dass die ökonomische Entwicklung

leicht stagniert und dass die Wirtschaftsfunktionäre unruhig werden. Sie erfahren ja den schleppenden Wirtschaftsgang tagtäglich am eigenen Leib. Für sie war der vergangene Winter der bitterste und härteste seit Jahren, und auch jetzt im Frühsommer hat sich das Warenangebot nur unmerklich gebessert.

Vor allem sind sie des innenpolitischen Druckes müde, der wieder um so schärfer ausgeübt wird, seit die Arbeitsleistung in den Fabriken abzusinken beginnt. Am meisten beschweren sie sich über die jüngsten Gesetze, so über die Disziplinarmaßnahmen in den Betrieben, über die frisch eingeführten Produktivitätskontrollen und über die neu erlassenen Vorschriften zur Wachsamkeit gegen den Klassenfeind und zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit. Ganz gewaltig ärgern sie sich über die hinaufgesetzten Steuern, welche die vor kurzem in Kraft gesetzten Lohnerhöhungen wieder auffressen.

«Wieder haben sie uns die Normen erhöht», beschwert sich eine junge Textilarbeiterin in Bukarests grösstem Textilkombinat, «ich komme nicht einmal auf 1000 Lei monatlich, davon kann kein Mensch leben.» (1000 Lei sind rund 250 Fr.)

«Im Büro macht die Arbeit auch keine Freude mehr, wenn die Lohnabzüge wachsen und wachsen. Es heisst zwar, wir bekämen den grössten Teil wieder zurück, sobald wir das Plansoll geschafft haben, doch klingt das nicht glaubhaft. Das ist lächerlich, Schreibtischarbeit von Normen abhängig zu machen. Niemand wird ermessen können, ob die Rückerstattung ehrlich vor sich gehen wird. Und wir können ja nicht kontrollieren, wie weit wir die Plandirektiven überschritten haben oder ob wir unter dem vorgeschriebenen Plan verblieben sind. Das wird von den Ministerien willkürlich entschieden, wir haben ja kein Mitspracherecht im Betrieb, solches existiert allein auf dem Papier.»

Gleichermassen schimpft ein Montagearbeiter der «Tractorul»-Werke in Brasov über die hohen Lohnabzüge: «Jetzt schon kann ich schliessen, dass man mir am Monatsende über 300 Lei von den mir nominell zustehenden 2000 abzieht. Von der offiziellen Lohnerhöhung profitieren wir Arbeiter keinen einzigen Bani. Wenn man uns derart zur Planerfüllung zwingen will, vergeht uns noch die Arbeitslust ganz.»

Bitter beklagt sich eine Hausfrau: «Schon wieder haben sie die Preise heraufgesetzt. Lebensmittel werden immer teurer. Und am Fleischmarkt stand ich über eine halbe Stunde Schlange für ein wenig Suppenfleisch. Den Winter über gab es nicht einmal genügend Kartoffeln. Das ist ein Leben.»

«Schon wieder Bekämpfung des Klassenfeindes. Wie mir diese Rotlichtbestrahlung über ist. Doch kann ich die Agitationsveranstaltung der Miliz nicht schwänzen, ich würde mir selber schaden. Das hat man uns doch auf der Betriebsversammlung schon einmal eingetrichtert, die Sicherheitsvorkehrungen der Polizei und des Sicher-

heidsdienstes, davon habe ich jetzt wieder einen verpfuschten Abend», vertraut mir eine alte Bekannte an.

«Es ist kein Wunder, wenn der Ausstoss unserer Erzeugung schwächer und schlechter wird. Die Ministerien sind ohnehin mit Bürokraten überfüllt, unser Apparat ist zum Platzen aufgebläht worden,» verrät mir ein Ingenieur.

Unter den Studenten gärt es. Unlängst kam es an der Technischen Hochschule und an der Philosophischen Fakultät der Hauptstadt zu einer Demonstration gegen die Rektoren. Sie hatten Studenten relegiert und in die Produktion abgeschoben, welche in einer Diskussion umfassende Wirtschaftsreformen und Demokratisierung forderten. Am härtesten fiel die Strafe für einen Philosophiestudenten aus, der es gewagt hatte, die Unfreiheit des Systems an den Pranger zu stellen.

Im Lande Nicolae Ceausescus wächst die Unzufriedenheit. Aufgeschlossene Funktionäre, Intellektuelle und Zeitungsleute sind sich dieser verhängnisvollen Entwicklung bewusst und plädieren für einschneidende Reformen. Sie bestätigen freimütig, dass die Arbeiten für ein neues System der Leitung und Planung nicht vorankommen. Selbst die Schaffung der selbständigen Industriezentralen zum Zwecke der Dezentralisierung stiessen auf Widerstand, weil sich höhere Wirtschaftsfunktionäre weigerten, in die Provinz zu gehen, kritisierte das Wirtschaftsorgan «Viata Economica» scharf. Der Ministerrat stellte anfangs Mai fest, dass erst zwei Drittel der geplanten Trusts errichtet worden seien. Dem Regierungsbefehl noch nicht Folge geleistet hätten die Ministerien für Bauwesen und Energiewirtschaft, der Erdöl-, Hütten- und in erster Linie Nahrungsmittelindustrie.

Wesentlich indessen und für die Führung in Bukarest am schwerwiegendsten ist die Tatsache, dass sich die Wirtschaftslage des Landes verschlechtert. Von der schleichenden Krise flüsterte man schon lange, spätestens aber am 14. Dezember 1969 wussten alle Parteikader, wie prekär es um die ökonomische Entwicklung stand. Das Zentralorgan «Scinteia» hatte den Wortlaut der Rede Ceausescus vor dem ZK-Plenum veröffentlicht.

An erster Stelle beanstandete der Erste Parteisekretär die zu niedrige Ausnützungsrates der Produktionskapazitäten, die zu hohen Gestehungskosten in der Erzeugung und die anhaltend sinkende Arbeitsproduktivität. Am nachhaltigsten ging er mit dem Bergbau, dem Maschinenbau und der chemischen Industrie ins Gericht.

Unorthodoxe Ansichten äusserte Ceausescu auf dem Gebiet der Konsumgüterindustrie. Diesen Unternehmen müssten endlich Unternehmensfreiheit und Autonomie zugestanden werden. Bukarest dürfe nicht mehr länger bestimmen, was in Baiu Mare, in Timisoara und in Suceava auf den Markt komme. Das Warenangebot habe sich nach den in den Provinzen vorherrschenden Bedingungen zu verbes-

sern, wobei er von den Handwerks- und Konsumgenossenschaften eine gesteigerte individuelle Leistung erwarte.

Ceausescu rügte weiter die schwache Effektivität des Aussenhandels. Durch die hohen Selbstkosten erlege die Wirtschaft einen zu grossen Preis für die dringend benötigten Devisen.

Seit dieser Kapuzinerpredigt des Ersten Parteisekretärs bläst durch das Land ein scharfer Wind. Dieses Frühjahr wurde auch zum erstenmal die Landwirtschaft mit harten Kritiken bedacht. Vor einer Woche stellte die Tageszeitung «Romania Libera» fest, diese sei nicht mehr in der Lage, die Versorgung des Binnenmarktes mit Gemüse und Frischobst sicherzustellen. Die Arbeitsdisziplin innerhalb der Agrarkooperativen werde offensichtlich immer schlechter und schlechter. Deshalb kündigte Nicolae Ceausescu schon Anfang März eine innere Reform an und sprach sich für die Selbstverwaltung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aus.

Die Entwicklung der letzten Monate zeigt hingegen, dass die global gedachten Strukturänderungen in der Wirtschaft, wie auch die jüngst in der Landwirtschaft postulierte Erneuerung nur schleppend, ja mit «angezogenen Bremsen» realisiert werden und der Schwerpunkt der Produktionsaktivierung nach wie vor bei der allseits unbeliebten Agitation durch den Parteiapparat liegt. Rumäniens Parteikader haben in den vergangenen drei Monaten ihre Agitationskampagnen in den Fabriken verdoppelt, wie das Zentralorgan meldete. Doch muss es zugeben, dass diese Appelle zur Steigerung der Arbeitsleistung vielerorts auf taube Ohren stossen und weitverbreitet Apathie und politische Gleichgültigkeit zu beobachten sei.

Mit wachsender Regelmässigkeit warfen rumänische Zeitungen den Betriebsleitungen in den verflossenen Wochen Produktionsrückstände und mangelhafte Arbeitsorganisation vor. Heftig angegriffen wurden weiter die Spitzenfunktionäre des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes. Sie seien nicht imstande, «unter den Bauern einen Kollektivegeist zu schaffen».

Und «Scinteia» konstatierte: «... von Ansätzen einer Landwirtschaftsreform, wie sie Nicolae Ceausescu schon im März vorschlug, ist überhaupt nichts zu bemerken. Die Bauern müssten nun endlich auf Grund ihrer effektiven Leistungen entlohnt werden.»

Für die sich dahinschleppende Reformation des Wirtschaftsapparates gibt es genügend Ursachen, die nicht bloss innenpolitischer Natur sind. Wohl hat der Erste Parteisekretär Nicolae Ceausescu die überwiegende Mehrheit der ZK-Funktionäre hinter sich, dennoch fehlt es nicht an den Stimmen, die vor überstürzten Reformen warnen. Die Zahl der ZK-Mitglieder, die einen absolut orthodoxen Kurs befürworten, ist grösser als man allgemein hin annimmt. Ihnen sitzt die Angst im Nacken. Ein zu raumgreifender Schritt in Richtung Demokratisierung müsste dem Kreml einen Vorwand zur Intervention geben.

Von Tag zu Tag wird indessen der Zwang zur Reform erdrückender. Und ohne Liberalisierung müsste auch die auf Autarkie ausgerichtete Wirtschaftspolitik wieder vermehrt in den Einflussssog der Sowjets geraten, wogegen sich die rumänischen Kommunisten ja mit aller Kraft wehren.

Engpass und Dilemma drohen der Politik Ceausescus. Sein kürzlicher Besuch in Moskau hat die feindlichen Brüder höchstens noch mehr auseinandergebracht. Bukarest beharrt weiter, wie das Armeeorgan «Lupta de Clasa» zusammenfasste, auf seinen altbekannten Forderungen. Die «Breschnew-Doktrin» sei nie und nimmer annehmbar, da sie neuerdings auch die Bestrebungen der einzelnen sozialistischen Staaten auf eine den eigenen soziologischen Verhältnissen angepasste Wirtschaftslenkung negiere und die Bedingungen der ideologischen Auseinandersetzung verfälsche. Sie laufe ebenfalls den universellen, internationalen Friedensbemühungen zuwider, da sie das «Blockdenken» fördere.

Im ganzen Lande wächst die Angst, dass Bukarest über kurz oder lang einen Freundschaftsvertrag mit Moskau zu unterzeichnen gezwungen wird, der Rumänien – ähnlich wie der CSSR – entsprechend der kremel'schen Zielsetzungen von der beschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten wieder Unfreiheit und Abhängigkeit in der Aussenpolitik und in der Wirtschaftsentwicklung bringen würde. Man weiss bereits, dass sich Ceausescu jetzt in Moskau gegen einen solchen Vertragstext ausgesprochen hat, den man ihm im Kreml vorlegte.

Doch die rumänische Führung sitzt auf einem brodelnden Vulkan, der jederzeit ausbrechen kann. Durch den Druck der Sowjets kann sie dem Zwang nach inneren Reformen nicht nachgeben und muss beinahe tatenlos zusehen, wie die Krise im Innern zunimmt. Führt sie Reformen durch, könnte das Land über Nacht besetzt werden: Ein Teufelskreis hat sich um Nicolae Ceausescu geschlossen.

Die Pressuren von seiten der Russen ist in den letzten Wochen unaufhaltsam gewachsen. Ein Journalist gibt mir zu verstehen, dass er aus zuverlässiger Quelle wisse, dass das Klagelied Ceausescus über die sinkende Produktivität übertrieben sei und einem dialektischen Bravourstück gleiche. Mit der Erzeugung stehe es nur halb so schlimm, hingegen sei das ZK in eine heikle Situation geraten. Es müsse die neuerlichen Wirtschaftslieferungen an die UdSSR verbergen, Rumänien erkaufe sich damit sehr teuer und selbstverständlich zum eigenen wirtschaftlichen Nachteil seine Unabhängigkeit. Und die Presse seines Landes müsse zu dieser Erpressung schweigen.

Bruno Schläppi, Wien